

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

## Handels-Zeitung

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vertriebsgebiet monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 7,20 M., jährlich 14,40 M. (einschließlich Postgebühren). Für den Ausland bezug monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 9,00 M., jährlich 18,00 M. (einschließlich Postgebühren). Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedene anderer Behörden.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig u. Umgeh. 10 Pf. pro Zeile. Für den Ausland bezug monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 9,00 M., jährlich 18,00 M. (einschließlich Postgebühren). Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsausgabe 40 Pf.

Nr. 397

Donnerstag, den 18. August

1921

### Der Reichskanzler über Oberschlesien

Die Vossische Zeitung hat den Reichskanzler Dr. Wirth gebeten, seine Auffassung über die jüngste Phase, in die die oberschlesische Frage durch die Verzweiflung an den Völkerbundsrat getreten ist, zu äußern. Der Reichskanzler hat diesem Wunsch entsprochen, indem er sich über den Standpunkt der Reichsregierung zu der neuesten Wendung in der oberschlesischen Frage folgendermaßen äußert:

Ueber die Befragung des Völkerbundsrats hat man uns Mitteilung nicht gemacht. Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärfraat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maßnahme wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Lediglich die Entscheidung erneut vertagt und die oberschlesische Frage, die seit über einhalb Jahren eine arbeitsame Beschäftigung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vollständig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Verlegung der Entscheidung mitteilt, wird versichert, daß der Aufschub möglichst kurz sein werde. Ich erlaube mir ein solches Eingeständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das Schwere verständigigt, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Pein läßt, und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt.

Wir schließen uns der Mahnung an die Oberschlesier, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, voll an und brauchen uns in dieser Beziehung weder etwas vorwerfen noch uns zur Initiative treiben lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgegeben haben, durch heinertel gewalttätige Handlung das klare Recht zu trüben, auf dem wir diesen geistespolitischen Kampf bisher geführt haben. Wir haben von allem Anfang darauf aufmerksam gemacht, daß die oberschlesische Frage keine rein deutsche Angelegenheit ist, in der leichtfertig gegen die Befugten unter dem Motto: *vae victis* entschieden werden kann; wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich an Oberschlesien ein neuer großer Brand entzünden, wenn die Gewalt über die Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphierte.

Jetzt hat man von Europa an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert: der Weltfrieden und das Weltgewissen könnten eine ungeredete Lösung der oberschlesischen Frage nicht ertragen. Wenn diese beiden Begriffe Wert haben, wenn sie keine Scheinwerke sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand Oberschlesien stellt sich nicht als irgendeine Grenzfrage dar, sondern das Schicksal dieses Landes ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Ansehen des Völkerbundes, wie immer man auch über sein bisheriges Wirken denken mag, aufs innigste verknüpft.

Seine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: Der Frieden ist besser als der Krieg, und man muß ihn mit allen Mitteln erhalten und in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten ist, und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als selbstgewählten Regierungen und unter anderen als eigenen Gesetzen zu leben. Zu dem Grundsatze, daß man Völker nicht wie Steine auf dem Schachbrette hin- und herschieben dürfe, bekennen sich alle Nationen. Bei diesen Prinzipien des Völkerbundes muß Oberschlesien deutsch bleiben, denn die Bevölkerung

will es, wie die Abstimmung bewiesen hat. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders fallen, als im deutschen Sinne.

### Besuch im Auswärtigen Amt

Berlin, 17. August.

Heute vormittag haben die Geschäftsträger der Alliierten im Auswärtigen Amt vorgesprochen, um an die deutsche Regierung das angelegentlichste Ersuchen zu richten, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien dienlich sind.

Breslau, 17. August.

Auf Grund einer Verfügung der Interalliierten Kommission in Opatowitz ist in der Streiffrage, welchen Polizeischutz Hindenburg erhalten soll, ob Apo oder Gemeindeführer, dahin entschieden worden, daß 200 Mann deutsche Apo unter dem Kommando eines interalliierten Offiziers für Hindenburg bereitgestellt werden sollen.

### Rückkehr der J. A.-Kommissare

Opatowitz, 17. August.

General de Marini ist heute, von Rom kommend, in Opatowitz eingetroffen und hat die laufenden Geschäfte wieder übernommen. Für morgen wird auch die Rückkehr Le Ronds und Stuarts erwartet. Alle drei Kommissare werden sich dann von hier aus gemeinsam zur Lösung des Völkerbundsraats begeben, sobald Ort und Zeitpunkt festgesetzt sind. Wie aus italienischen Offizierskreisen verlautet, soll General de Marini geduldet haben, daß die Entsendung von Truppenverpflichtungen nach Oberschlesien zunächst noch nicht vorgesehen sei und nur im Falle eines neuen Aufstandes in Frage käme. England und Italien würden sich dann aber auf jeden Fall an diesen Verpflichtungen beteiligen.

### Verständigung zwischen den deutschen und den polnischen Arbeitern

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 17. August.

In einem grundsätzlichen Artikel mit der Ueberschrift: „Was nötig ist“, vertritt heute der Abgeordnete Chonsky in dem sozialdemokratischen Volkswillen den Standpunkt der Arbeiterschaft zur oberschlesischen Frage. Er bewilligt dabei die Pariser Verhandlungen als einen Ausweg imperialistischer Gegensätze auf dem Rücken der Arbeiterschaft. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Kohlenpreise aus den oberschlesischen Gruben betont er dann die wirtschaftliche Interessengemeinschaft aller oberschlesischen Arbeiter. Es müßte darum im Sinne der bereits angebotenen Verständigung deutsch- und polnischer Arbeiterführer eine weitere Gemeinschaft versucht werden. Die nationalen Kämpfe müßten in Anbetracht der wirtschaftlichen Interessen durch eine Solidarität abgelöst werden.

Von der anderen Seite her kritisiert die deutsch-nationale Schlesische Zeitung die Verständigungsversuche zwischen deutschen und polnischen Kreisen Oberschlesiens. Sie erachtet es als zu früh, Verhandlungen mit polnischen Oberschlesiern zu führen und verurteilt die polnische Anregung als einen Versuch, dem Völkerbundsrat dokumentarisch nachzuweisen, daß sich die Deutschen und Polen in Oberschlesien versöhnt haben, und daß die Entscheidung mit fortwährenden Unruhen nunmehr nicht mehr zu rechnen braucht.

### Aufbaupolitik für Oberschlesien

Von Dr. Manfred Georg

Die Uebertragung der Entscheidung in der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat hat von neuem bewiesen, daß das Schicksal des deutschen Industrie-Südostens nicht mehr nur von europäischer, sondern von weltpolitischer Bedeutung ist. In dem Rechtsproblem Oberschlesiens ist der tiefegehende Konflikt ausgebrochen, der bei dem imperialistischen Wesen der alliierten Staaten trotz aller Bündnisse immer ihnen immanent war. So konnte in Paris keine Lösung gefunden werden, was merkwürdigerweise in Deutschland überraschte, wo man entgegen aller Erfahrung übernahm, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit eines realpolitischen Verhaltens die Gegensätze der im Obersten Rat sitzenden Staaten nicht bis zum Bruch verschärfen würde. Logisch fand man den Ausweg, die Verantwortung einem Größeren, mit breiterer Basis und nüchterneren Interessen, zu überlassen. Deutschland hat keinen Grund, diesem mißtrauischer zu begegnen als dem Obersten Rat. Es hat auch keinen Grund zu irgendeinem Optimismus oder Pessimismus, zumal da die ungewisse Haltung Spaniens und Brasiliens durch schwerwiegende allgemeinpolitische Beschäfte der Kabinette dieser Länder wesentlich beeinflusst werden dürfte. Das Vertrauen Deutschlands zum Völkerbundsrat beruht lediglich auf seinem durch das Ergebnis der Abstimmung eindeutig erwiesenen Rechtsanspruch auf seine siebenhundertjährige Provinz Oberschlesien. Freilich bedeutet die Tatsache der Verlängerung der Entscheidungsfrist eine schwere Belästigung, weniger für das Vertrauen als für die Nerven der Betroffenen, sowohl der Deutschen im Reich als auch der Oberschlesier in der Provinz selbst. Nach den furchtbaren Erfahrungen, die insbesondere letztere unter dem böswilligen Regime Le Ronds gemacht haben, muß alles, was diesen seit anderthalb Jahren bestehenden Zustand der Ungewißheit noch steigert, täglich aufs neue und immer drückender empfunden werden. Wer aber die Disziplin kennen gelernt hat, die inmitten des schlimmsten Chaos die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens im großen und ganzen beherrscht hat, der wird die sichere Hoffnung haben können, daß der Wille, sich politisch reif zu zeigen, auch noch die letzte verlängerte Spanne Frist überwinden wird. Ein sicheres Zeichen dafür, daß man dazu fest entschlossen ist, bilden die Besprechungen, die seit kurzer Zeit zwischen den Leuten des Deutschen Ausschusses und den gemäßigteren Führern der oberschlesischen Polen, Wolany und Symet, stattgefunden haben, und die, wenn möglich, die Durchführung eines Bürgerfriedens bis zur Beendigung des Fehdezustandes erstreben.

Wenn nun so die Betroffenen selbst die Politik des ruhigen Abwartens unter Hintanstellung aller, auch nur zu berechtigten Leidenschaften verfolgen, so dürfte das für die mittelbar betroffenen Deutschen im Reich nur besseres Beispiel sein. Es kann daher auch gar kein Zweifel bestehen, daß der Aufruf der Reichsregierung in allen seinen Konsequenzen von der Einwohnererschaft befolgt wird. Dazu hätte es auch nach der besonnenen und zielbewußten Haltung des Kabinetts Wirth in der oberschlesischen Frage gar nicht erst einer Rote der Alliierten, wie sie in Berlin und entsprechend in Warschau überreicht wurde, bedurft. Um so bedauerlicher ist es, wenn die Vaterlandsliebe des ehemaligen Heerführers Ludendorff noch außen allzu wortreich überhäumt, wie es jüngst in Königsberg geschehen ist. In einem Augenblick, wo die diplomatische Situation Deutschlands in der oberschlesischen Frage zum mindesten nicht ungünstig ist und wo der unumgängliche Entschluß des Völkerbundes in seinem negativen oder positiven Ausfall stark von der Wahrung des Situationsniveaus abhängt, dafür zu sprechen, daß ein Aufstiegsbeginn des Deutschen Reiches von der Entscheidung in den Ostmarken abhängt, zeigt einen doch allzu starken Mangel an Einsicht in die realpolitischen Tatsachen und Notwendigkeiten. Infolgedessen kann es nicht wundernehmen, daß der Eindruck der Ludendorffschen Rede wie alle ähnlichen Aeußerungen in Oberschlesien der denkbar ungünstigste ist, wird doch immer wieder der Anschein erweckt, als seien immer noch jene Elemente stark und am Werke, die durch ihre verhängnisvolle haktatische Politik es im Südosten erst ermöglicht haben, daß überhaupt eine oberschlesische Frage entstehen konnte. Wenn heute in der Entente starke Strömungen dafür vorhanden sind, das Resultat des Plebiszits nach seinem Ergebnis, nicht aber vom Standpunkt, wie man Deutschland am besten schaden könnte, auszuwerten, so dürfte dies in allererster Linie als eine Folge und als ein Erfolg der Erfüllungspolitik durch die Reichsregierung anzusehen sein. Denn letzten Endes wird auch in Europa der göttliche Wille zum Wiederaufbau, der den vitalsten Interessen sämtlicher europäischen Länder am stärksten entgegenkommt, den Gedanken einer Verewigung des Kriegszustandes aus Angst, Uebermut oder machtpolitischer Berechnung besiegen.

Warten aber heißt durchaus nicht, die Hände in den Schoß legen, heißt es besonders nicht in der oberschlesischen Frage. Da es für Deutschland eine Selbstverständlichkeit ist, daß ihm bis auf einzelne Gebiete Oberschlesiens wegen seiner wirtschaftlichen Einheit zugesprochen werden muß, so ergibt sich zwingend die Notwendigkeit für die betreffenden Reichs- und Landesinstanzen,

### Bauverbot von Zeppelin?

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. August

Wie der Dammertdienst aus zuverlässiger Quelle erfährt, steht als Ergebnis der Verhandlungen des Obersten Rates die Ueberreichung einer neuen Note durch die Interalliierte Militärkommission bevor, die weitere einschränkende Bestimmungen für die deutsche Luftschiffahrt und den Bau von Flugzeugen enthält, und die ferner ein neues Kontrollsystem der Alliierten über die deutschen Luftschiffabriken und Flugzeugplätze vorsieht. Die Note ist in erster Reihe gegen die noch bestehenden Fabriken, die sich mit dem Bau von Luftschiffen befassen, vor allem gegen Zeppelinwerke, gerichtet, denen die Herstellung von Luftschiffen so erschwert werden soll, daß an eine Wiederaufnahme des Baus von Passagierluftschiffen nahezu nicht gedacht werden kann.

Ob die Entente mit dieser neuen Note allerdings den beabsichtigten Erfolg haben wird, erscheint zweifelhaft, da in letzter Zeit Großmächte, die der Entente fernstehen, sich für die Errichtung von Kontinental- und Ueberseezweigen mit Zeppelinluftschiffen eingesetzt haben. Diese Bestrebungen ist es auch zu verdanken, daß der in einer der letzten Luftschiffnoten geforderte Abbruch der großen Halle in Friedrichshafen von den alliierten Mächten widerrufen worden ist. In absehbarer Zeit dürfte bereits von auswärtigen Gesellschaften der Bau von Zeppelinluftschiffen im Auslande aufgenommen werden, und es ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß bereits demnächst ein regelmäßiger transatlantischer Flugdienst, allerdings nicht von Deutschland aus, ins Leben gerufen wird.

### Unterbrechung der Wiederaufbau-Verhandlungen

Noch keine Antwort auf die deutsche Gegenäußerung

Berlin, 17. August.

Die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen sind gegenwärtig unterbrochen. Diese Unterbrechung ist auf die Teilnahme des französischen Aufbauminsters Louchereux an den Verhandlungen des Obersten Rates sowie auf die anderweitige Beanspruchung des französischen Vertreters Lannery durch die Sitzungen der interalliierten Finanzkonferenz zurückzuführen. Lannery, der nach den

Wiederholten Besprechungen zwischen Dr. Rathenau und Louchereux sowie den Verhandlungen in Paris zur Fortsetzung der Beratungen nach Berlin gekommen war, hat, als er vor etwa acht Tagen Berlin verließ, die Gegenäußerung der deutschen Regierung zu den französischen Vorschlägen in der Wiederaufbaufrage nach Paris mitgenommen. Die Antwort aus Paris steht noch aus.

### Zusammenschluß der Deutschen in Polen

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 17. August.

Die deutschen Sejmabgeordneten hatten für gestern und heute Konferenzen mit Delegierten verschiedener Organisationen des Deutschen aller Teilgebiete Polens einberufen. Vertreter waren Polen, Pommern, Kongresspolen, Galizien, das deutsche Kolonistamt, Wolynien und Deutsch-Kongresspolen, die ihr Zentrum in Lodz haben. Hauptgegenstand der Beratungen war die Aufgabe, einer Zersplitterung vorzubeugen, die daher droht, daß verschiedene Organisationen mit dem Wunsche herantreten waren, von sich aus das Deutsche ganz Polens zu organisieren. Die Tendenzen haben ihren Ausgleich gefunden, indem als erstes Ergebnis der Kongress heute die Begründung einer Hauptverwaltung der deutschen Verbände in Polen beschlossen hat. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Anfang September ist eine Tagung der deutschen Polen geplant, die in Lodz stattfinden soll.

**Rückgabe von Eisenbahnmaterial**  
Bis zum 31. Juli 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 238 des Friedensvertrages zurückgegeben: In Belgien: 9734 Staatsbahnwagen, 145 Privatwagen. In Frankreich: 4258 Staatsbahnwagen, 454 Privatwagen, zusammen 14501 Fahrzeuge.

**Beratungen über die Goldwerte-Besteuerung**  
Die Deutsche Allgemeine Zeitung befragt die Zeitungsmeldung, daß bei der Steuerberatung Erwägungen eine Rolle spielen, wie man die Sachwerte gegen Goldwerte zur Deckung unerer Verpflichtungen der Entente gegenüber nutzbar machen könnte. Das Blatt fügt hinzu, daß über den ganzen Komplex der Heranziehung und Verwendung der Sachwerte für die neuen Steuern noch innerhalb des Kabinetts beraten werde.